

## Weimarer Erklärung

– Familien in der Krise –

100 Jahre nach der Gründung des Deutschen Familienverbandes (DFV) stehen Familien vor existenzbedrohenden Problemen.

Eine gute, nachhaltige und verlässliche Familienpolitik ist für den DFV die zentrale Herausforderung der Gegenwart und die wichtigste Weichenstellung in die Zukunft. Denn allein unsere Kinder sind die Zukunft des Gemeinwesens. Familien sorgen durch die Erziehung der nächsten Generation für Innovation in Wirtschaft, Politik und Kultur. Sie schaffen damit die Grundvoraussetzung für die Fortexistenz von Staat und Gesellschaft, für ihre Stabilität und Erneuerung zugleich.

Familien sind der Kern unserer Gesellschaft. Eltern sind eine wichtige Stütze des Gemeinwesens. Sie nicht zu überfordern, sondern zu fördern und Familien ein Leben nach ihren eigenen Wünschen und Entscheidungen zu ermöglichen, ist die Pflicht jeder modernen und auf die Zukunft ausgerichteten Familienpolitik.

Damit Familien gestärkt – und nicht geschwächt – aus der Krise hervorgehen, fordert der Deutsche Familienverband:

### **1. Schluss mit der Familienvergessenheit: Politische Entscheidungen dürfen nicht länger über den Kopf von Familien hinweg getroffen werden:**

- ❖ Mit Familien reden, statt nur über sie: regelmäßige Familiengipfel als Plattformen des Dialogs zwischen Parteien und Familienverbänden müssen in jeder Legislaturperiode auf Bundes- und Landesebene stattfinden.
- ❖ Eine gute Familienpolitik ist eine Investition in die Zukunft: Leistungen für Eltern und Kinder müssen von Kürzungen ausgenommen bleiben. Auch in der Krise hat Politik für die zukünftigen Generationen Sorge zu tragen.
- ❖ „Familien-TÜV“: Alle Gesetze und Verordnungen müssen einer verbindlichen Familienverträglichkeitsprüfung (Auswirkungsprüfung) unterzogen werden.

**2. Das erste Mal seit Dekaden müssen sich Familien in unserem Land vor kalten Nächten fürchten. Wir fordern weitergehende, insbesondere steuerliche Energiekosten-Entlastungen, die Familien mit unteren und mittleren Einkommen erreichen:**

- ❖ Senkung der Stromsteuer auf den EU-rechtlichen Mindeststeuersatz sowie Senkung der Steuern und Abgaben auf Treibstoffe (Benzin, Diesel, Autogas), Heizöl und Gas. Energie ist ein Grundbedürfnis und muss für Familien bezahlbar sein.
- ❖ Die bisherigen Einnahmen aus Umweltsteuern (2021: 57,2 Milliarden Euro) müssen allein für Investitionen in Erneuerbare Energien genutzt werden.
- ❖ Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist abzuschaffen, da mit dieser Maßnahme Energie dauerhaft und deutlich verteuert wird. Damit werden nicht nur ganze Warenketten, sondern letztendlich die gesamten Lebenshaltungskosten von Familien künstlich hoch besteuert. Zusätzlich wirkt die CO<sub>2</sub>-Bepreisung als unnötiger Inflationstreiber.
- ❖ Das Wohngeld muss familienorientiert an die massiv gestiegenen Wohn- und Energiekosten angepasst werden.

**3. Seit 100 Jahren gilt: Familien gehören nicht in die Wohlfahrtsämter. Eine gerechte Entlastung bei Steuern und Abgaben, die monatlich mehr Netto vom Brutto lässt, geht vor Sozialhilfeleistungen:**

- ❖ Das Kindergeld für alle Kinder (auch für vierte und weitere Kinder) wie auch der Kinderfreibetrag und Ausbildungsfreibetrag müssen kurzfristig inflationsgerecht erhöht werden.
- ❖ Der steuerliche Kinderfreibetrag muss zügig auf die Höhe des Grundfreibetrags von Erwachsenen angehoben werden.
- ❖ In der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung muss ein Kinderfreibetrag nach dem Vorbild des steuerlichen Kinderfreibetrags eingeführt werden, um Eltern bei den Sozialbeiträgen zu entlasten und die Erziehungsleistung zu berücksichtigen.
- ❖ Für familien- und kinderbezogene Produkte muss grundsätzlich der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent gelten.
- ❖ Bildungskosten – von Schulheften bis Wohnkosten von studierenden Kindern – müssen in voller Höhe steuerlich geltend gemacht werden können.

- ❖ Familien- und Kinderarmut muss verhindert werden. Ziel ist: Familien müssen von ihrem Einkommen leben können. Dort wo es nicht gelingt, muss der Staat Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Sozialer Leistungsbezug und prekäre Beschäftigungsverhältnisse dürfen aber keine Einbahnstraße sein. Berufliche Qualifizierungen, Aus- und Fortbildungen (auch in Teilzeit) müssen stärker gefördert werden, damit die Vereinbarkeit von Familienleben und Erwerbsarbeit gelingen kann – und damit die Eigenständigkeit von Familien.

#### **4. Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein: Kindergeld und transparente Familienförderung:**

- ❖ Das Kindergeld für Kinder in Ausbildung bzw. kindbedingte Freibeträge müssen entsprechend den Studien- bzw. Ausbildungsverläufen wieder bis zum vollendeten 27. Lebensjahr gewährt werden.
- ❖ Das mit dem Kinderfreibetrag verrechnete Kindergeld muss baldmöglichst für alle Familien auf die Höhe der maximalen steuerlichen Wirkung des Kinderfreibetrags angehoben werden.
- ❖ Die Beantragung von Leistungen für Familien muss vereinfacht, zentralisiert, digitalisiert und beschleunigt werden.

#### **5. Familiengerechtes und bezahlbares Wohnen ermöglichen:**

- ❖ Um Familien den Erwerb von Wohneigentum zu ermöglichen, muss das Baukindergeld wiederbelebt und entfristet werden.
- ❖ Gleichzeitig muss die Grunderwerbsteuer durch die Senkung der Steuersätze in den Ländern und durch die Einführung eines Familien-Freibetrags reformiert werden.
- ❖ Um Mietwohnraum für Familien sicherzustellen, ist im Baugesetzbuch eine Pflicht-Quote für familiengerechte und bezahlbare Wohnungen zu verankern.

## **6. Schulsozialarbeit und weitere Maßnahmen zur Stärkung von Familien sind gerade in Krisenzeiten unabdingbar und müssen von Kürzungen ausgenommen werden:**

- ❖ Die Sozialarbeit an Schulen und Kitas muss flächendeckend sichergestellt und dauerhaft und verlässlich finanziert werden.
- ❖ Keine Kürzungen bei Migrationsberatungsstellen.
- ❖ Maßnahmen zur Stärkung der Familie wie die Familienerholung und die Familienbildung müssen zu Pflichtleistungen der Kinder- und Jugendhilfe werden.

## **7. Demografie und Rentenkrise: Keine hilflosen Reformversuche, sondern der Zukunft zugewandte Familienpolitik:**

- ❖ Mehr als zwei Drittel des allgemeinen Geburtenrückgangs sind auf die gesunkene Zahl kinderreicher Familien zurückzuführen. Die beste Rentenvorsorge ist es deshalb, endlich die Benachteiligung von Mehr-Kind-Familien (Steuern, Abgaben, Rente, Vereinbarkeit, Familienförderung) zu überwinden.
- ❖ Eine Familienpolitik ist nur gut und zukunftsfest, wenn sie mehr Mut zu Kindern macht. Darauf müssen alle familienpolitischen Maßnahmen ausgerichtet werden.
- ❖ Die rentenrechtlichen Kindererziehungszeiten müssen für alle Eltern unabhängig vom Geburtsdatum des Kindes auf drei Jahre pro Kind verlängert werden. Mittelfristig muss die Rente aus Kindererziehungszeiten für drei Kinder während der Erziehungsphase (mindestens 18 Jahre) dem Rentenanspruch aus einer durchschnittlich entlohnten sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstelle entsprechen.
- ❖ Rentenleistungen für Kindererziehung müssen von demografisch bedingten Kürzungen ausgenommen werden.

**Deutscher Familienverband e.V.**

[www.deutscher-familienverband.de](http://www.deutscher-familienverband.de)